

Singer

## Völkerzeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkaktiven Volkes

In jeder Volksszeitung enthalten die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

auskunftsamt ist die Zeitung vom 19. Januar bis zum 31. Januar  
in der Leipziger Zeitung, bei Selbstabholung 70 Goldpfennig.  
der Kontakt und Opposition: Nummer 22721 und 24500. —  
der Mietzettel: Nr. 22721. Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Völkerzeitung Leipzig  
Telefon 13603. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24596

Inseratenpreise: Die Werbezeitung, Koloniezeitung 30 Goldpfennig, bei Plakatvorst. 35 Goldpf., Familienanzeige v. Privat, die Werbezeitung, Koloniezeitung 15 Goldpf., Reklamezeitung 1.50 Goldm., Inserate v. ausw. die Werbezeitung, Koloniezeitung 35 Goldpf., bei Plakatvorst. 40 Goldpf., Reklamezeitung 1.75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr norm.

eigener Volksschule erfreut täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Aussteller, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Unpolitischen Reichswehrgenerale.

kleist Pionier. Ebenso begann der Mensch erst bei den durch Nationalsozialismus ausgetriebenen ausgewählten deutschen Kavallerieknöpfe häufte in der Weltkrieg zusammen mit den Manieren eines corporatischen und jüngst auch alles in Silber. Der Hauptkönig war eine blutige Söhne auf den preußischen Waffen, erkannte sich Judentum, Juden und eigentliche Leiter der deutschen Politik während der Kriege als Weltkrieges, und selbst als das „herliche völkische“ zusammengebrochen war, blieben die Generäle ihrer Landes- und Städte die eigentlichen Träger der

Im März 1920 erschien der Hasardeur Lubendorff ganz am Brandenburger Tor, just zu der Zeit, wo mit Klingenberg die Truppen der Gegenteilung einzuziehen begannen. Im September 1923 mischtholte sich Judentum in Dresden. Die Beleidigung eines Reichswehrgenerals trafen sozialistische Minister in Ministerien. Vorher bereits revoltierte der Reichswehr-

General und stellte damit den obersten Leiter der republikanischen Wehrmacht vor volljogene Tatzen. Das aber hinderte nicht, die gesamte ausführende Gewalt eben den zu übersteuern und trock unzähliger Proteste und Stimmen aus Bürgerlichen Kreisen, berichtet heute die Generalität mißtäkt

demokratische Zeitungen und Flugblätter werden ver-

zu Stettin durch die Nachfolger des Wahrs. Jakob, die

sozialen Wochenschriften sind nur im Laden felschichten

wie durch Ausschaltung der Zeitschrift im Ladenfenster die

sich ins Wanzen geraten können. Herr von Tschischwitz,

Minister des Wehrkreises II in Stettin, hat sich um die

Republik besondere „Verdienste“ erworben. Er liegt

jetzt in festiger Fehde gegen das dortige Organ der

sozialen Partei, das naturngemäß für den Bestand der

„eine starke Gefahr“ bedeutet, als das geheimnisvolle

der Nationalisten. Der Reichsabgeordnete Eggerstedt

legte dem Herrn General ein Flugblatt vor, das in seinem

Kreis verbreitet werden sollte. Herr von Tschischwitz lehnte

die Genehmigung ab mit folgender Begründung:

Das Flugblatt stellt unbedingt ein Propagandaflyer für

ihre Partei dar.

In derartiges Propagandaflyer ist wohl in der Zeit der

Gouvernierung zu gestalten, es dient aber nicht zur Verunsicherung in Zeiten, in denen Wahltagung nicht statt-

Aussichten, die sich da bieten. Propagandaflyer für

die (soll heißen für die sozialdemokratische) Partei sind

Die Republik ist gerettet. Heil uns!

hrend dies in Thüringen ein anderer Reichswehrgeneral

sozialen Spiel. Auch er geht mit sozialistischen Mi-

nützern gerade feindlich um. Dafür aber läuft er den

sozialen Organisationen alle Bewegungsfreiheit. Als Beweis

seine ein Blatt, das nach dem Vorwärts in diesen Tagen an

in Schlafzimmern der Stadt Weimar prangt:

Hoch die Internationale!

wieder Krieg! Nieder mit dem Militarismus!

lauer vereint Euch! Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit!

Gleicher Mahl für alle, alle für alle!

So riefen Eure Führer.

(Bild) (Bild) (Bild)

Eisner, Rosmanow, J. Rosa Luxemburg, gischer Jude, Arbeitnehmer, Russische Jüdin, Spartakusführer.

(Bild) (Bild) (Bild)

Sobelsky, Braun, Bankier Warburg, jüdische Jude, Eisenbahner, Jude, Betratter Jude, Pazifist, Kriegs-

Miliardär, der Weimarer finanziert, Freund

Arbeiterführer. Verfassung. Walter Rathenau und

Dr. Cuno.

(Bild)

Patroos-phant, Jude, Milliardär, Arbeitnehmer.

Eure Revolution im Jahre 1918 wurde infolge der Zugänglichkeit Eurer Kämpfer gegenüber dem Verbrennungsgeist der Weltbörse zu einer Lohnbewegung gestoppt. Der Marxismus hat

den Beitrag entnommen. Die Führer der Roten Internationale sind

soziale Verbündete und Sozialräte der Goldenen Internationale,

dass die Hand des Genossen Schröder verlor, was das

von Verlusten unterzeichnete. Unter den Augen Eurer Volks-

truppen kontra Rothau (Jude) mit dem Feinde Aus-

verträge eingegangen. Der Krieg wurde eine Komödie

sozialen (Stärke, Straße, Waff.). Man gab Euch viel

(Papier). Deine Rottwunden verursacht durch Schieber-

... zur Besinnung. Herunter mit dem Judentum-Sowjeten!

das Deutsche Halten kann! Verrat beginnt, wer am

Zeitum, Volkspartei und Demokratischen Nationalen wählt.

Sie alle stehen unter der Führung All-Judas. Wir fordern ein freies Groß-Deutschland ... Schließung der Börsen, Verbot der un-deutschen und Jüdenpresse. Verschließt der Judentum aus den Staatsstellen usw. Unsre Parole ist Freiheit und Brot! Es lebe der völkisch-nationalistische Staat! Es lebe Adolf Hitler! Unterschrift: Otto May, Propagandaleiter, Bad Sulza/Türingen. Genehmigt: (Stempel) Reichswehrgruppe II Abteilung Ic."

Hoch das Hakenkreuz! Es lebe Adolf Hitler, der Busschit vom 9. November, der eben in diesen Tagen abgeteuft werden soll. Derartige Propaganda dürfen faschistische Organisationen ungehemmt betreiben, in einem Bezirk, wo noch vor wenigen Tagen sozialdemokratische Organe verboten wurden, nur weil sie wagten, unbefristet gebliebene Misshandlungen politischer Gefangener durch Reichswehrsoldaten öffentlich darzustellen. Propaganda-Flugblätter für die „soziale Partei“ sind verboten, aber Adolf Hitler darf an den Plakatsäulen der Goethestadt mit unterschiedlicher Genehmigung der Reichswehrgruppe II ausdrücklich gefeiert werden! Heil uns!

Die Reichsregierung nimmt Herrn General Hassel noch besonders in Schutz. In einer Darstellung des Wissensbüro „von zuständiger Stelle“ wird mitgeteilt, dass „die Genehmigung (von Flugblättern, die Red.) nur dann versagt werden sollte, wenn sie auf einen gewaltvollen Umsturz der Versetzung hinwirken.“ Adolf Hitler tut das nicht. Demzufolge ist auch das Reich und die Republik gerettet.

Während es so im Reichswehrabend bunt durcheinander geht, kommt ein weiterer Reichswehrgeneral, Herr v. Lohberg aus Münster, der vor wenigen Tagen dem ehemaligen Minister Sollmann untersagte, in öffentlichen Versammlungen zu reden. Well das Kasseler Volksblatt diese völlig unverständliche Haltung zu kritisieren wagte, versetzte es ebenfalls dem Verbot des Herrn v. Lohberg. Der ehemalige sozialdemokratische Minister hätte ja auch großes Unheil anrichten können, denn er hätte wie das Flugblatt des Reichstagsabgeordneten Eggerstedt Propaganda für die „soziale Partei“ machen müssen, und das ist in der deutschen Republik an sich schon „Verbrechen“ genug. Dass er treibt der Herr von Lohberg, der unpolitischer General der Reichswehr, selbst um so stärkere Propaganda, freilich nicht für die „soziale Partei“, sondern für politische Richtungen, die nicht immer die Republik mit vollem Herzen verteidigt haben. Nach einem Bericht des Westfälischen Merkur, eines bekannten Zentrumsblattes, den der Vorwärts wieder gibt, hält General v. Lohberg in der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins eine Ansprache, die allerlei Liebesswiderstände enthält. Während die Republik, sofern ihre Existenz überhaupt gewahrt bleibt soll, unbedingt ihre Einnahmequellen steigern muss, sorgt der Herr General dafür, die bisher schon nicht übermäßig steuernfreudliche Bauernschaft vor dem Interesse der Republik notwendigen Belastungen zu schützen. Er sagt:

Nach meiner Ansicht kommt es darauf an, dass die deutsche Landwirtschaft auch die deutsche Volksernährung selbst übernehmen kann, dass die Einheit in die leitenden Kreise einzieht, dass dies aber nur möglich ist, wenn dem Landwirt nicht alles weggesteuert wird ... Ich habe deshalb auch mit allen Ernst in einem Antrage nach Berlin darauf hingewiesen, dass es ein Unding ist, den im Jahre 1913 erfolglosen Wehrbeitrag in der Höhe wie jetzt beizubehalten.

Stürmischer Beifall belohnte die unpropagandistische Rede des Herrn Generals, der sich noch gesteigert haben mag, bei folgender Glorifizierung der „väterlichen Ohrfeige“:

Bergen Sie nicht, dass unser Jugend in vielfacher Hinsicht das fehlt, was früher bei der Erziehung erfüllt wurde, das ist die väterliche Ohrfeige. Diese hat gefehlt während des Krieges, als die Alten heraus waren und die Mütter die Jugend erziehen mussten.

Zum Schluss kommt eine Kriegsrede ganz im Stil des Mannes, der jetzt Schlossherr von Doorn ist:

Ich scheue mich nicht, das hier ganz offen auszusprechen: Einmal kommt die Zeit, wo wir abrechnen müssen mit denen, die uns jetzt drangsallen. (Freudlicher, sich wiederholender Beifall.) Ich bin kein Pazifist. (Bravo.) Wenn ich als General Pazifist wäre, gehörte ich an den Patriotenpfahl. Ich bin ein absoluter Mann, der dafür eintritt, dass wir den Deutschen, die uns jetzt drangsallen, die Zähne zeigen, selbst wenn es einen Bergwehrkampf geben sollte; auch vor dem dürren wir uns nicht scheuen.

Das alles ist naturngemäß lediglich im Interesse der Erhaltung der Republik gesprochen worden. Nur dürfte der Minister des Auswärtigen, Herr Dr. Stresemann, etwas andrer Auffassung sein, und es dürfte nicht wundernehmen, wenn Poincaré den Herrn Reichswehrgeneral in seiner nächsten Kämmerrede attiert.

Was aber sagt das Kabinett Marx? Was sagt der Reichstag zu dieser „unpolitischen“ Haltung deutscher Reichswehrgenerale? Es kann nur eine Antwort geben:

Gott mit dem Ausnahmestand!

## Die Opposition.

2. Der 14. November 1922 und seine Folgen.

Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut.

Engels an Bebel, Brief vom 18./28. März 1873.

Die Verbreitung der Regierungsbasis im Kabinett Wirth kam nicht zu stande, vielmehr war die Ermordung Rathenaus eine neue Fansatz für den Vormarsch der deutschen Reaktion. Die bürgerlichen Mittelparteien schlossen sich unter Führung der Volkspartei, und unter dem Diktat Stinnes zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Das Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte zwischen Kapital und Proletariat entschied sich zugunsten der Bourgeoisie. Die letzten Monate des Kabinetts Wirth standen bereits unter dem unverhüllten Diktat Stinnes, der am 9. November 1922 sein nunmehr verwüstetes Programm entrollte. Am 14. November erlag das Kabinett der Mitte den Streichen der Schwerindustrie, die seit Wochen auf eine völlige Unterbindung der von Dr. Wirth eingeleiteten Erfüllungspolitik hingearbeitet hatte. Noch am Tage vor seinem Rücktritt hatte Wirth sein politisches Testament in einer Note an die Reparationskommission niedergelegt, die den Sieg der Schwerindustrie, der hinter den Kulissen erfocht, unverhüllt erkennen ließ. Die Note forderte ein Moratorium für die Dauer von mehreren Jahren und die entscheidende politische Machfrage, die Sanierung des Staates wurde von der Gewährung ausländischer Kredite abhängig gemacht, die im Angesicht der damaligen Verhältnisse völlig aussichtslos waren. Die Verteilung der aus den Reparationsverpflichtungen entstehenden Lasten wurde auf die Arbeitersklasse abgewälzt, und bereits damals wurde die Sanierung der Finanzverhältnisse auf Kosten des Proletariats festgelegt. Man forderte den Abbau der Beamten, und das „Aufbau“-Programm, das unter Ziffer 10 der Note festgelegt wurde, ist heute restlos durchgeführt. Dort hieß es:

Deutschland wird alle erforderlichen geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen. In diesem Zuge wird besonders die Neuregelung des Arbeiterschrechts unter Festhaltung des Arbeitstages als Normalarbeitszeit unter Zusatzzugestellung gegebener begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet. In zweiter Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides abgebaut werden.

Wir schrieben seinerzeit: „Der Pferdefuß der Stinnespolitik tritt an nicht wenigen Stellen (der Note) nur allzu offen in Erscheinung.“ Heute ist der Beamtenapparat abgebaut. Der Achtstundentag ist beseitigt. Alle „Fesseln“ der Zwangswirtschaft sind gefallen. Die Wohnungsmieten werden binnen kurzem folgen, während die Arbeitersklasse auf einen Bruchteil, der Friedenseinkommen reduziert worden sind.

Die Note Dr. Wirths war gleichzeitig das Regierungsprogramm des kommenden großkapitalistischen Kabinetts Dr. Cuno. Mit diesem beginnt ein weiterer entscheidender Abschnitt in der sozialen Entwicklung der wenige Wochen vorher Vereinigten Deutschen Sozialdemokratie. Bis heute ist nicht endgültig geklärt worden, ob, wie damals behauptet wurde, an dem Zustandekommen dieser Note auch Sozialdemokraten Anteil gehabt haben. Jedenfalls hat die Entwicklung gezeigt, dass die scharfe Kritik, die an die Note vom 14. 11. und die zu erwartenden Auswirkungen geknüpft wurde, in jeder Hinsicht berechtigt war. Der linke Flügel der Partei forderte schon damals, nachdem sich die Machtverteilung zugunsten der bestehenden Klasse gewendet hatte, und nachdem die Vormachtstellung des Stinneskapitals offen in Erscheinung trat, die Logik des Kapitalistopolitik, um in offene Opposition gegen die Totengräber des deutschen Proletariats einzutreten. Die Fraktion traf keine Entscheidung. Sie fertigte dem Kabinett Dr. Cuno einen Freibrief aus, der dann, trotz Ruhrpolitik, trotz der Schläge des Großkapitals, trotz der verheerenden Wirkungen der Inflation, trotz der bedenklichen Neuerungen Dr. Cunos zum aktiven Widerstand und trotz der Entwicklung in Bayern bis zum August bestehen blieb. Hätte damals die Fraktion in nüchterner, realer Erkenntnis der Dinge jene Haltung eingenommen, die stürmisch nicht nur vom linken Flügel, sondern von dem Gros der Parteigenossen im Lande gefordert wurde, der Deutschen Sozialdemokratie wären schwere Schläge erspart geblieben und die Partei hätte, wenn auch geschwächt durch die schwere Wirtschaftskrise, heute als führende Partei des deutschen Proletariats noch unbestritten den Vorrang gehabt. Wir schrieben am 29. November 1922 in einer abschließenden Betrachtung über die Bildung des Kabinetts Dr. Cuno:

Man hätte gewünscht, dass die Fraktion in den entscheidenden Stunden etwas von der unerbittlichen Logik Lassalles verführen lässt, der, wenn auch unter andern Verhältnissen, den kämpfenden Parteien so erbarmungslos zeigte, was ist.“

Man hatte das, wenigstens in gewissen Kreisen, mit Verachtung nicht sehen wollen und so ist die Deutsche Sozialdemokratie unabwendbar in die Situation hineingeschlittert, in die sich heute befindet. Während man den Nassalle der Ver-